

Wo bitte geht's zur Nachhaltigkeit?

Feministinnen lehnen *Green Economy* als Rettungsmodell ab und bevorzugen *Livelihood*, sichere Lebensgrundlagen, inklusive Geschlechtergerechtigkeit. Von Christa Wichterich

Ökonomie, Ökologie und Soziales zusammenzudenken, war schon immer eine Stärke von Feministinnen. Sie kritisieren das herrschende Entwicklungsmodell, die Krisen und auch das neue Rettungsmodell der *Green Economy* aus der Perspektive der Versorgung, der Lebenssicherung und der Einlösung von Frauen- und Menschenrechten.

Die *Women's Action Agenda 21*, die Frauenorganisationen im Vorfeld der Umwelt- und Entwicklungskonferenz 1992 in Rio de Janeiro formulierten, liest sich auch heute noch topaktuell. Sie basiert auf einer Kritik am Entwicklungsmodell des „freien Marktes“ und plädiert für eine neue Ethik des Wirtschaftens, des Naturbezugs und der Ressourcennutzung, für Demilitarisierung, für Gerechtigkeit zwischen Süden und Norden sowie für ein Frauenempowerment. Denn Frauen brauchen Ressourcenrechte, politische Partizipation und Entscheidungsmacht über die Entwicklungswege. Der Kernbegriff der Frauenagenda ist „*sustained livelihood*“, dauerhafte Lebensgrundlagen, definiert als die Summe aller materiellen, sozialen, ökologischen und kulturellen Ressourcen der Existenzsicherung an der Basis.

Das Süd-Frauen-Netzwerk DAWN sah den *Livelihood*-Ansatz als Gegenkonzept zu einer Strategie nachholender Entwicklung für die Länder des Südens und zur Globalisierung des ressourcenintensiven Wachstumsparadigmas. DAWN nannte „nachhaltige Entwicklung“ damals einen Widerspruch in sich, denn Entwicklung, definiert über Wachstum, Effizienzsteigerung und Handelsliberalisierung – wie in der Agenda 21 der UNCED-Konferenz - nötige dazu, Erhalt und Schutz von Ressourcen zu torpedieren.

Nachhaltigkeitssuche - 20 years later

In feministischen Debatten zur derzeitigen Vielfachkrise und zur Vorbereitung von Rio+20 sind die Kritik an der wachstums-, effizienz- und profitgetriebenen Ökonomie, der Bezug auf *Livelihood* und die Einforderung von Frauen-/Menschenrechten erneut die Springpunkte. Die Schnittstelle dieser drei Argumentationstränge ist eine Kritik an der *Green Economy*, die von den UN als Lösungs-Passepartout für die Dreifachkrise der Finanzen, der Energie und des Klimas und als Leitthema für Rio+20 propagiert wird.

Wie damals ist der Ausgangspunkt der Diskurse das Scheitern des vorherrschenden Entwicklungsmodells und die Forderung nach einem radikalen Umsteuern, um vom „Kurs der Selbstzerstörung“ abzukommen und zukünftig Krisenserien, soziale Polarisierungen und Ernährungsengpässe zu vermeiden, wie es die „Women's Major Group Asia Pacific“ bei ihrem Vorbereitungstreffen für Rio+20 formulierte. Aus ihrer Sicht fallen derzeitige Rio+20-Papiere in bezug auf Geschlechtergleichheit hinter die Agenda 21 von 1992 zurück: Die hatte

Frauen als „Major Group“, als Schlüsselgruppe für Nachhaltigkeit anerkannt und sich für ihre Rechte stark gemacht. Heute kämen Frauenrechte – so die asiatischen Frauenorganisationen - substantiell kaum noch vor.

Für viele Frauenorganisationen sind die Kernprinzipien der Rio-Erklärung ein wichtiger Referenzrahmen, nämlich das Vorsorgeprinzip (precaution), gemeinsame, aber differenzierte Verantwortung, das Verursacherprinzip wie auch der Zugang zu Informationen, zivilgesellschaftlicher Partizipation und Gerechtigkeit. Dagegen lehnen sie technologische und marktförmige Instrumente der Krisenlösung, vom Geo-Engineering bis zum Emissionshandel in der Klimapolitik ab. Die *Women's Major Group* in Lateinamerika und der Karibik wünscht sich einen Wandel von „Produktions- und Konsummustern“ als zentrales Thema für Rio+20, weil sie ein Dreh- und Angelpunkt für den Bezug auf die Natur und den Ressourcenverbrauch sind. Zwei tragende Säulen für nachhaltige Lebenssicherung (*Livelihood*) und für die Einlösung von Frauenrechten sind aus feministischer Perspektive unabdingbar: die Anerkennung aller bezahlten und unbezahlten Frauenarbeit als produktiv und wertschöpfend, und Agro-Ökologie, eine Ablehnung der chemie-intensiven, industrialisierten Land- und Viehwirtschaft.

Der Gipfel in Rio hätte aus ihrer Perspektive dann eine Bedeutung, wenn sich - auf Grundlage einer Evaluierung der Umsetzung der Beschlüsse von 1992 – die Chancen für eine Transformation von Politik und Wirtschaft gewaltig erweitern würden. Umverteilung statt Wachstum, Suffizienz statt Effizienz, Respekt vor den Eigenrechten der Natur statt Kommerzialisierung und Finanzialisierung sind Wegweiser für diese Transformation.

Allerdings fällt bei den Frauenorganisationen, die sich erneut auf Lobbying einlassen, auf, dass die Systemkritik wie auch die Transformationsperspektive weichgespült sind und der realpolitische Fokus auf Geschlechtergleichheit als Querschnittsthema in allen Sektoren und in der *Green Economy* verengt ist. Ihre Parole ist: alle sich bietenden zivilgesellschaftlichen Räume für Genderthemen nutzen!

Green Economy und Geschlechtergerechtigkeit

Frauenorganisationen teilten in Porto Alegre das „Nein“, das das Weltsozialforum 2012 der *Green Economy* als grünen Kapitalismus entgegenschmetterte. Es sei eine „falsche Lösung“, an der Wachstums- und Gewinnstrategie, an technischen und Marktinstrumenten festzuhalten und Investitionen wie auch Jobs lediglich von „brauen“ in „grüne“ Sektoren wie erneuerbare Energien oder energie-effiziente Gebäudesanierung zu verschieben und die Begründung durch die „Macht des Marktes“ zu vollziehen, wie das UN-Umweltprogramm (UNEP) vorschlägt.

Auf die oben angesprochenen Gretchenfragen aus feministischer Perspektive – Gerechtigkeit, Umverteilung, Geschlechtergleichheit, Akzeptanz von Sorgearbeit und von Eigenrechten der Natur - hat das Konzept der *Green Economy* keine befriedigenden Antworten parat. Zwar deklariert UNEP die grüne Ökonomie als „fundamentales Neudenken der Ökonomie“ und hofft, dass nationale und internationale Politik die Wirtschaft regulieren und steuern werden. Die Begründung der Ökonomie ist jedoch zuallererst eine Wachstumsstrategie. Die OECD

nennt ihr Programm ohne Umschweife „Green Growth“ und argumentiert, dass die Ökologisierung zur Wachstumsmaximierung politisch klug, ja unvermeidbar sei.

Dagegen fehlt dem bislang umfassendsten *Green Economy*-Konzept von UNEP ein konsistenter Menschenrechtsansatz ebenso wie ein kohärentes Konzept von Gerechtigkeit, Umverteilung und sozialer Nachhaltigkeit. Machtverhältnisse werden nicht thematisiert. Gender bleibt völlig unterbelichtet. Es ist absehbar, dass die meisten neuen grünen Jobs in Technologie- und Wissensbereichen oder aber im Baugewerbe und der Plantagenwirtschaft geschaffen werden, wo Frauen stark unterrepräsentiert oder diskriminiert sind. Die Care-Ökonomie und Sorgearbeiten, die vor allem Frauen unbezahlt zum Erhalt der lebendigen Grundlagen der Wirtschaft, Menschen und Natur, leisten, werden komplett ignoriert.

Feministinnen ging es immer um andere Wirtschafts- und gesellschaftliche Naturverhältnisse. Doch die *Green Economy* bleibt dem Wachstum ebenso verpflichtet wie dem kapitalistischen Prinzip der Renditemaximierung. Von einem Paradigmenwechsel kann nicht die Rede sein, wo der Kapitalismus lediglich emissionsreduziert und wärmedämmend daherkommt und Natur in-Wert gesetzt, bepreist und als Ware zu Markte zu tragen wird. Bei dieser weiteren Kommerzialisierung und Finanzialisierung wird Natur aus den sozialen Zusammenhängen herausgelöst. Die Privatisierung von Umwelt-Dienstleistungen wie auch von öffentlichen Dienstleistungen, die viele Frauenorganisationen bekämpfen, preist UNEP als innovative Maßnahme zum Umweltschutz und zur Versorgung.

Als UNEP eine Konsultation mit *Major Groups* aus Lateinamerika und der Karibik zur *Green Economy* veranstaltete, lehnten Frauenorganisationen sie als Leitthema für Rio+20 ab, weil sie „more business than people driven“ und darin eine „neue Form der Kolonisierung und Aneignung natürlicher Ressourcen im Süden“ angelegt sei. Als Gegenposition fordern Feministinnen erneut „nachhaltige *Livelihoods*“, „*buen vivir*“ ein genügsames Leben im Einklang mit der Natur sowie politische und rechtliche Maßnahmen zur Geschlechtergleichheit. Ohne Geschlechtergerechtigkeit kann es keine Umweltgerechtigkeit, keine Nachhaltigkeit und kein gutes Leben für alle.